

Die Absicht der westdeutschen Regierung, Kriegsverbrechen der Hitlerzeit als verjährt zu erklären, sind eine Mahnung, daß dem Frieden in Europa der gefährlichste Schlag versetzt werden würde, wenn die Bonner Militaristen Zugang zu Atomwaffen erhalten. Das würde die Spannung in Europa verschärfen und entsprechende Gegenmaßnahmen der Bedrohten hervorrufen.

Die Vertreter der Kommunistischen Partei Dänemarks berichteten über ihre Vorschläge für eine dänische Friedenspolitik, die darauf gerichtet sind, Dänemark zu einem atomwaffenfreien und neutralen Gebiet zu erklären. Das würde zur Bildung von atomwaffenfreien Zonen in Nord- und Mitteleuropa beitragen und der Entspannung und Abrüstung in diesem Teil der Welt dienen. Daß derartige Gedanken an Boden gewinnen, zeigt die Versicherung der dänischen Regierung, sich der Stationierung von Atomwaffen auf dänischem Territorium zu widersetzen, die Teilnahme an einer MLF abzulehnen und sich für die Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, besonders im Ostseeraum, zu erklären.

Die Kommunistische Partei Dänemarks unterstrich erneut die Bedeutung ihrer Initiative aus dem Jahre 1963, auf Grund derer sich die sozialistischen Nachbarstaaten Dänemarks bereit erklärten, an einer Garantie für die Sicherheit eines neutralen und atomwaffenfreien Nordeuropas teilzunehmen. Das würde ein bedeutender Schritt zur Festigung des Friedens in Europa sein. Die Delegation der SED stimmte diesen Gesichtspunkten vollinhaltlich zu.

Die Vertreter der SED informierten über die Vorschläge der DDR zur Entspannung der Lage in Europa. Dazu gehören die Vorschläge über einen Verzicht beider deutscher Staaten auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen in jedweder Form, die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden nicht zu gestatten, den Abzug aller ausländischen Truppen und beide deutsche Staaten militärisch zu neutralisieren. Es könnten Kontrollmaßnahmen vereinbart werden, die Überraschungsangriffe vom Territorium der deutschen Staaten ausschließen. Die Vorschläge der DDR sehen eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Westberlin vor. Von seiten der DDR wurden diese und andere konstruktive Vorschläge Westdeutschland und Westberlin wiederholt unterbreitet. Von westdeutscher Seite jedoch wurden die Spannungsmöglichkeiten nicht genutzt und neue Spannungen geschaffen.

Beide Parteien unterstrichen die positive Bedeutung und die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen